Zeitschrift: Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association suisse des électriciens, de l'Association des entreprises électriques suisses

Herausgeber: Schweizerischer Elektrotechnischer Verein ; Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen

Band: 89 (1998)

Heft: 16

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

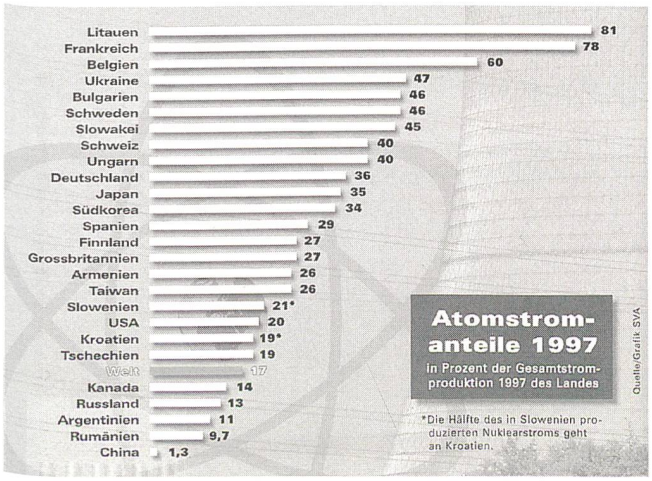
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politik und Gesellschaft
Politique et société

Atomstromanteile 1997

(sva) Rund 81% der Stromproduktion Litauens stammten 1997 aus Kernkraftwerken. Damit liegt Litauen erneut an der Spitze aller Kernenergie-Länder. Auf Litauen folgt in der neuesten Aufstellung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) Frankreich. Als Folge des Ölschocks setzten die Franzosen im vergangenen Vierteljahrhundert konsequent auf die Kernenergie und wiesen letztes Jahr einen Atomstromanteil von 78% aus. Mit 40% lag die Schweiz 1997 wie im Vorjahr an achter Stelle. Weltweit (also auch diejenigen Länder mitgerechnet, die keine Kernkraftwerke haben) trug die Atomenergie letztes Jahr wiederum 17% zur Stromproduktion bei.

Die Atomstromanteile der übrigen, nicht in der Grafik aufgeführten Länder: Mexiko und Südafrika je 6,5%, Niederlande 3,9%, Indien 2,3%, Brasilien 1,1%, Kasachstan und Pakistan je 0,6%.



Anteile des Nuklearstroms in Prozent der Gesamtstromproduktion.

Schwedens KKW bleiben vorläufig in Betrieb

(sva) Das oberste schwedische Verwaltungsgericht hat auf Antrag des Betreibers verfügt, dass das Kernkraftwerk Barsebäck bis zur Beendigung der hängigen Rechtsverfahren weiterbetrieben werden kann. Man geht davon aus, dass dieser Gerichtsentscheid nicht mehr umgestossen werden kann. Weitere Rechtsverfahren könnten einige Zeit beanspruchen und sich bis deutlich nach den nächsten Wahlen im September dieses Jahres hinziehen. Im letzten Februar hatte die Regierung angekündigt, sie werde die Betriebsbewilligung für Block 1 auf den 1. Juli 1998 aufheben. Grundlage dafür ist ein von der sozialdemokratischen Regierung und antinuklearen Parteien durchgebrachtes Energieformgesetz, das die Stillegung der zwei Barsebäck-Blöcke vorsieht.

Commission franco-suisse de sûreté des installations nucléaires

(dfetec) La Commission franco-suisse de sûreté des installations nucléaires a tenu sa neuvième réunion annuelle à Mulhouse, en France, le 18 juin 1998. Les membres de la Commission ont pris acte des développements récents dans le domaine de la sûreté des réacteurs et de la radioprotection. Ils en ont discuté les événements les plus significatifs.

Kommission Frankreich-Schweiz für die nukleare Sicherheit

(uvek) Die gemischte Kommission Frankreich-Schweiz für die nukleare Sicherheit hat ihre neunte jährliche Sitzung am 18. Juni 1998 in Mulhouse, Frankreich, abgehalten. Die Mitglieder der Kommission nahmen Kenntnis von den neusten Entwicklungen in den Bereichen Reaktorsicherheit und Strahlenschutz. Sie besprachen die wichtigsten Ereignisse.

Wirtschaftliche US-Kernkraftwerke

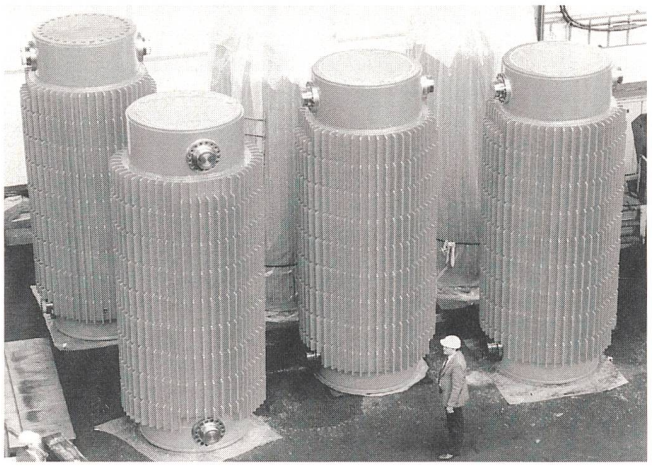
In den Vereinigten Staaten von Amerika gehören Kernkraftwerke weiterhin zu den günstigsten Stromquellen. 70% der Kernkraftwerke des Landes weisen Erzeugungskosten von weniger als zwei Cents pro Kilowattstunde aus. Die Kernenergie ist damit nach der Kohle die zweitbilligste Stromquelle der USA, deutlich günstiger als Gas, Öl und erneuerbare Energien.

Der Blitzableiter

30 Laien

Der Schweizerische Wissenschaftsrat hat im Rahmen seines Programms für Technologiefolgen-Abschätzung ein Projekt nach dem Muster der ausländischen Konsenskonferenzen als «Publiforum» zum Thema Strom und Gesellschaft lanciert. Rund dreissig Laien («Bürgerpanel») trafen sich dazu Mitte Mai zu Expertenbefragungen in Bern. Sie versuchten ihre Wünsche, Befürchtungen und Erwartungen hinsichtlich der künftigen Elektrizitätspolitik zu formulieren und verfassten anschliessend einen Bericht. Kernpunkt der Zusammenfassung ist das Anliegen, in Zukunft den notwendigen Strombedarf nachhaltig abzudekken. Dabei standen zwei Hauptstossrichtungen im Vordergrund: der Ausbau der erneuerbaren Energieträger, auch der Wasserkraft, sowie Stromsparen und optimale Verwendung der elektrischen Energie. Im Sinne der «Ausgewogenheit» möchte ich hier noch ein paar Sachen erwähnen, welche die Medien nicht berücksichtigt haben. Das Bürgerpanel war zum Thema Lenkungsabgabe teilweise auch der Meinung, dass in einer rezessionsgezeichneten Wirtschaft die Erhöhung von Produktepreisen durch zusätzliche Steuern nicht tragbar sei. Bei den radioaktiven Abfällen zum Beispiel war man sich nicht einig, ob das vorzeitige Abschalten von Kernkraftwerken sinnvoll sei, da ja noch kein Ersatz für Kernenergie in Sicht sei.

B. Frankl



Behälter für Tansport und Lagerung stark radioaktiver Materialien.

Atomtransporte: Behälter waren dicht

(sva) Die Sicherheitsbehälter waren dicht – aber mangelnde Sorgfalt und Genauigkeit bei der Beladung mit abgebrannten Brennelementen in französischen Kernkraftwerken führte seit Jahren zur Kontamination von Transporten. Dies ist die Hauptaussage im ersten Untersuchungsbericht zu den Ende April bekanntgemachten erhöhten Strahlungsmesswerten an Behältern und Eisenbahnwagen. Diese werden für den Transport von abgebrannten Brennelementen aus Kernkraftwerken zur Wiederaufarbeitungsanlage La Hague verwendet.

Gemäss Untersuchungsbericht der französischen Sicherheitsbehörde DSIN hat weder für das Bahnpersonal noch für die Bevölkerung eine gesundheitliche Gefahr bestanden.

Japan will 20 weitere KKW bauen

(d) Japan will in naher Zukunft 20 weitere Kernkraftwerke zu den bestehenden 50 bauen. Dadurch soll das anvisierte Ziel bei der Reduzierung der Treibhausgase erreicht werden.

Initiative will Mühleberg abstellen

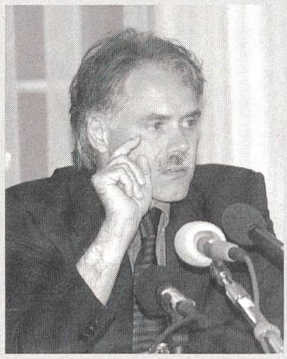
(v) Die SP des Kantons Bern will mit einer Volksinitiative die Stillegung des KKW Mühleberg bis spätestens 31. Dezember 2002 erreichen. Zudem soll der Berner Regierungsrat die Staatsverfassung des Kantons Bern dahin gehend ändern, dass sich der Kanton für den Ausstieg aus der Atomenergie einsetzt und die Nutzung erneuerbarer Energien fördert. Unterstützt wird die SP von Organisationen wie Greenpeace und WWF.

Vorort gegen ökologischen Sonderfall Schweiz

(v) Der Schweizerische Handels- und Industrieverein (Vorort) wehrt sich gegen einen energiepolitischen Alleingang der Schweiz. Eine Verteuerung der Energie lehnt er sowohl aus finanziellen als auch aus ökologischen Gründen ab. Positiv äusserte sich der Vorort zum CO_2-Gesetz und der darin verankerten CO_2-Lenkungsabgabe. Dabei handle es sich um ein wirtschaftverträgliches Konzept, das die internationale Klimapolitik unterstütze. Der Vorort schlägt zudem vor, das bestehende Steuer- und Ausgabensystem verstärkt auf ökologische Nebenziele auszurichten. Nicht einverstanden erklären kann sich der Vorort dagegen mit Energie- und Ressourcensteuern. Eine ökologische Steuerreform mit einer Energiesteuer im Zentrum führe nicht zur «doppelten Dividende». Sie stelle vielmehr eine Bedrohung der Schweizer Wettbewerbsfähigkeit dar. Das Energiegesetz wird zwar zur zügigen Verabschiedung empfohlen, jedoch ausdrücklich ohne die vom Nationalrat vorgesehene Energiesteuer.

Zuerst jubelnd begrüsst, dann bestritten

(sva) «Als ich den TÜV berufen habe, die Überprüfung zu machen, ist das von den Kernkraftkritikern jubelnd begrüsst worden. Erst nachdem das Resultat vorhanden war, waren das Prüfungsverfahren und der TÜV selbst bestritten. Ich habe den TÜV absichtlich gewählt. Es wurde nämlich damals gesagt: Wäre Mühleberg in Deutschland, dann wäre es durch den TÜV sichergestellt. Deshalb bin ich nicht bereit, eine dritte Überprüfung vornehmen zu lassen – im Wissen darum, dass eine vierte Überprüfung verlangt würde, wenn diese Überprüfung ihrerseits wieder die Sicherheit attestieren würde.» Dies antwortete Bundesrat Moritz Leuenberger im Parlament dem Basler Nationalrat Rechsteiner (SP), der nach der Bereitschaft des Bundesrats fragte, in Mühleberg, Beznau usw. weitere Überprüfungen vorzunehmen.



Bundesrat Leuenberger: genug «Überprüfungen».

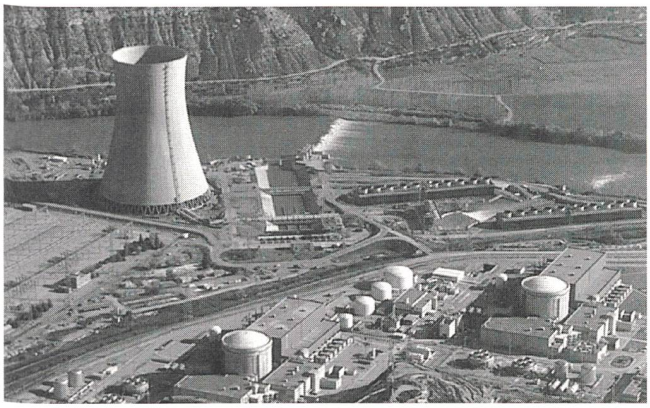
Un code pour les grands électriciens

(ep) L'association E7, qui regroupe huit des principaux électriciens mondiaux, se dote d'un fonds d'assistance pour les pays en voie de développement. Elle met également sur pied un code de bonne conduite à l'échelle internationale.

Les compagnies d'électricité sont à la recherche d'un code de bonne conduite. Telle est la volonté exprimée à Versailles par le gotha des grands électriciens mondiaux réunis au sein du E7 qui, à l'instar des grandes puissances de ce monde, sont désormais au nombre de huit. Un code en six points qui, comme le soulignait à cette occasion Edmond Alphandéry, le président d'EDF, témoigne d'un sens aigu de leur responsabilité en matière d'investissement énergétique. Outre EDF, le E7 comprend RWE, Edison International, ENEL, Hydro Québec, Ontario Hydro, Kansai et Tokyo Electric Power.

Widerstand gegen Alpenkonvention

Gegen das Energieprotokoll zur Alpenkonvention regt sich Widerstand von verschiedenen Seiten. So lehnt auch der Schweizerische Wasserwirtschaftsverband (SWV) in seiner Vernehmlassung zur Alpenkonvention das Energieprotokoll ab und empfiehlt die Nichtratifizierung des gesamten zwischen den Alpenländern geplanten Staatsvertrages. Der SWV bemängelt insbesondere das Ungleichgewicht zwischen den Nutzungs- und den Schutzinteressen.



Kernkraftwerk Asco I (bei Tarragona) der Endesa.

Endesa voll privatisiert

(n) Der spanische Energiekonzern Endesa wird voll privatisiert. Es ist dies das bisher grösste Börsengeschäft in der spanischen Wirtschaftsgeschichte, das dem spanischen Staat umgerechnet rund 15 Mrd. Fr. einbringen soll. Die Regierung behält eine strategische «Golden share» während zehn Jahren und damit auch das Vetorecht bei Beteiligungen über 10%. Nach Telefonica und Repsol werden mit Endesa nunmehr die drei grössten Konzerne des Landes privatwirtschaftlich geführt sein.

Geöffnete Stromnetze in Deutschland

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Verband der industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) und die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) haben am 29. Mai eine Vereinbarung über Richtlinien für die Preisfestlegung von Stromlieferungen durch die Netze Dritter in Kraft gesetzt. Das Bundeskartellamt hatte gegen diese Regelung keine Einwände, da sie die Preisbildung nicht zwingend vorschreibe und zudem bis zum 30. September 1999 befristet sei. Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt erklärte, sein Ministerium sowie die deutschen und die europäischen Kartellbehörden würden die weitere Entwicklung im Auge behalten, um mögliche Missbräuche zu unterbinden.

Shell will langfristig Einführung von Ökosteuer

(d) Der Mineralölkonzern Shell hat sich langfristig für eine Ökosteuer in Europa ausgesprochen. Dies sagte Shell-Vorstandsmitglied Fritz Vahrenholt. «Wir müssen von einer langfristigen Erhöhung der Energiepreise ausgehen. Wegen der Knappheit der Energie nicht in zwei oder drei, mit Sicherheit aber in zwanzig Jahren». Eine Ökosteuer auf europäischer Ebene mache Sinn. «Wir müssen auf europäischer Ebene langfristig die Preise anheben.»

Über 1200 Forschungsprojekte gefördert

(nf) 321 Mio. Franken hat der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung im vergangenen Jahr für die Finanzierung von Forschungsprojekten und die Nachwuchsförderung eingesetzt. Unterstützt wurden damit rund 4800 meist junge Forschende in über 1200 Projekten sämtlicher Disziplinen. Ein grosser Teil der geförderten Forschungsarbeiten ist in internationale Kooperationsnetze eingebunden.

Energienotizen aus Bern

Greenpeace erhält Beschwerderecht

Der Bundesrat hat 23 beschwerdeberechtigte Organisationen im Bereich des Natur- und Heimatschutzes sowie der Denkmalpflege bezeichnet. Neu erteilte er Greenpeace Schweiz ein umfassendes Beschwerderecht im Bereich des Umweltschutzes.

Warnschuss vor den Bug von «Greenpeace»

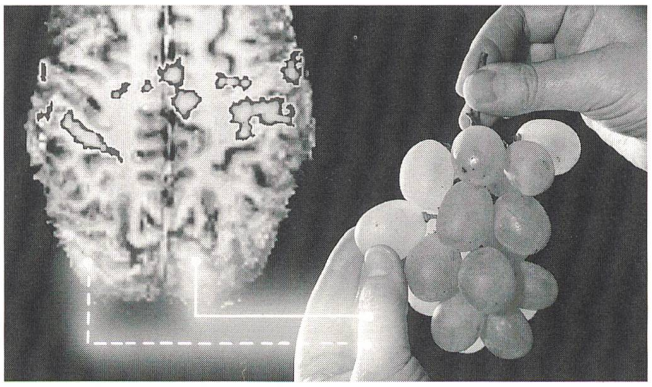
(a) Der Ständerat hat am 22. Juni einen Warnschuss vor den Bug von «Greenpeace» abgegeben. Er überwies mit 21 zu 7 Stimmen einen Vorstoss in Form einer Empfehlung an den Bundesrat, wonach unbotmässigen Organisationen das Beschwerderecht in Fragen des Umwelt-, Natur- und Heimatschutzes entzogen werden kann. Zudem soll das Beschwerderecht auf jene Verbände beschränkt werden, die keine direkten Bundesbeiträge erhalten.

EU-Generaldirektor für Energie besucht die Schweiz

(uvek) Pablo Benavides, der Generaldirektor für Energie der Europäischen Kommission, hat der Schweiz am 23. Juni 1998 einen Besuch abgestattet. Er wurde von Bundesrat Pascal Couchepin, dem Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements, in Bern empfangen. Im Zentrum der Gespräche stand die Strommarktöffnung.

Plus de 1200 projets de recherche

(nf) Le Fonds national suisse de la recherche scientifique a investi 321 millions de francs dans le financement de projets de recherche et l'encouragement de la relève. Environ 4800 chercheurs ont été soutenus à travers plus de 1200 projets de différentes disciplines. Une grande partie des travaux de recherche encouragés sont intégrés à des réseaux de coopération internationale.



Über 1200 Forschungsprojekte sämtlicher Disziplinen.
Plus de 1200 projets de différentes disciplines.